



9. Brief, im Juni 2023

Gesellschaft, Staat und Grundfragen demokratischer Praxis

Liebe Freundinnen und Freunde der politischen Philosophie,

heutzutage fungiert der Begriff *Demokratie* zumeist als eine General-, Legitimations- und Propagandaformel. Demnach wäre die Idee der Demokratie bereits in der Gestalt repräsentativer Demokratie verwirklicht, also in den auf Wahlen zentrierten Formen und Praktiken im Kontext der liberalistisch-kapitalistischen Gesellschaftsformierung. Am Ende sollen sogar die Menschenwürde und Menschenrechte an dieses ‚wertewestliche‘ Modell gebunden sein.

Dazu wird gerne auf die antike griechische Polis und Oikowirtschaft um das 5. Jhd. v. Chr. verwiesen. Die Vollbürger des athenischen Stadtstaats beließen ihre Frauen im Haus und die Sklaven auf ihren Feldern, um sich öffentlich zu versammeln, in Staatsangelegenheiten zu entscheiden oder auch mitzuwirken: Die Tauglichkeit der *Agorademokratie* wurde seinerzeit von Platon und Aristoteles bestritten. Ein Nachhall findet sich heute noch in Formen öffentlicher Beratung, direkter Bürgerbeteiligung oder Volksabstimmungen wie in der Schweiz.

Für die Neuzeit ist *Volkssouveränität* der Anknüpfungspunkt. Die Rufe der französischen Revolution richteten sich gegen die Souveränität des absoluten Herrschers: Ein Schritt im Übergang von der Feudalherrschaft zum Kapitalismus. Aber was ist das *Volk*, von dem alle Macht ausgehen soll? Für Liberale sind es die einzelnen Individuen als Rechteinhaber gegenüber dem Staat. Konservative setzen auf seine Zusammensetzung aus gesellschaftlichen Gruppen und einen starken Staat, der alles zusammenhält. Für die Linke geht es um *Gesellschaft* und *gesellschaftliche Individuen*, wobei das Wesen des Staates umstritten ist.

Tatsächlich gestalten und verändern die Menschen ihr Leben durch ihre Arbeit, gesellschaftliche Reproduktion und Praxis. So bildet Marx zufolge die *gesellschaftliche Praxis* der *in Gesellschaft produzierenden Individuen* das elementare Substrat oder auch Subjekt der Geschichte. Auch wenn der radikaldemokratisch gesinnte Denker dies nicht so formuliert hat folgt daraus: Demokratie im Sinn einer Selbstregierung von Menschen über die gemeinsame Produktion und Verwirklichung ihres Lebens ist primär an ein entsprechend gegliedertes und verfasstes Gemein- oder Staatswesen gebunden.

Allerdings hat sich diese gesellschaftliche Existenzweise von der Antike bis heute in gespaltenen, klassistischen, herrschaftlichen und polarisierten Sozialformierungen kristallisiert. Schließlich vollendete sich die mit jener bürgerlichen Revolution und dem Liberalismus verbundene Umwälzung im Zuge der neoliberalen Globalisierung. Diese führte über alle Kontinente zur vollen Ausprägung des kapitalistischen Weltsystems, bis jetzt noch mit den USA als imperialer Haupt- und Hegemoniemacht.

Darin eingebettet finden sich sozial-kulturell, wirtschaftlich und politisch unterschiedlichste Sozialitäten, alle verwickelt in Auseinandersetzungen um die politisch-ökonomische Entwicklung sowie um eine demokratische Konstitution und staatliche Souveränität. Letztere bildet die nach außen zur Geltung gebrachte Volkssouveränität als Recht und Orientierung auf *nationale Selbstbestimmung*. In diesen komplizierten Weltverhältnissen sind nun noch verschiedene Modellierungen und Aspekte von Demokratie im Spiel, etwa repräsentative, partizipative, konsultative oder auch sozialistische.

All das zeigt, dass es anmaßend und zum Scheitern verurteilt ist, anderen eine bestimmte Wirtschaftsweise, Staatsform und politische Praxeologie vorschreiben oder aufzotroyieren zu wollen: Selbst die in Europa ausgeprägte, höher vergesellschaftete, *sozialkapitalistisch* formierte, moderne *Rechts-, Sozial- und Nationalstaatlichkeit* ist wegen ihrer Konstitutionsmängel weder ein Maßstab für andere noch für die eigene Zukunft:

Indem extreme Ungleichheiten in Bezug auf Eigentum und Einkommen, Bildung und Einfluss alltäglich sind und als rechtens gelten, ist bei solcher *Rechtsstaatlichkeit* allzu viel nicht an- und einklagbar. Oder wie weit ist individuelle Freiheit durch eine institutionelle *Gewaltenteilung* gesichert, wenn *realiter* ebenso Zentralbanken, Finanzmärkte und Aufsichtsräte, der sozialen Kontrolle enthobene EU- und transnationale Institutionen oder auch Lobbyisten und Thinktanks hoch anteilig sind, nicht zuletzt Medienkonzerne wie eine vierte Gewalt?

So mehren sich Anzeichen einer Dekadenz, Tendenzen zum Überwachungskapitalismus, zur *Postdemokratie*, wenn nicht sogar totalitäre Charakterzüge. Teile der Bevölkerung mögen bei den *freien Wahlen* fernbleiben, weil ihre Lebens- und Zukunftsinteressen zu keiner effektiven Repräsentation durchdringen. Überhaupt gibt es für jene Generalformel *Demokratie* keine gute Lösung, solange die tragende sozial-ökonomische Reproduktion, in Form einer Kapital- und Verwertungswirtschaft, *gesellschaftlicher Bestimmung und Kontrolle* enthoben ist, oder wenn Souveränität von Militärs, Finanzinstituten und Hegemonen usurpiert wird.

Mit Blick auf die Realitäten des *demokratischen Kapitalismus* und in aller Welt müssen die Probleme gründlich bedacht werden: Zwischen der Volkssouveränität als implizite Sinnbestimmung gesellschaftlicher Praxis und der expliziten Konstitution arbeitsfähiger, demokratisch legitimer Institutionen spannen sich Felder sozialer Existenz auf, die einen Formenreichtum des Demokratischen erfordern: In Erziehung, Bildung und Wissenschaft, Information und Medien, in der zivilen Selbstorganisation und auf der Ebene der kommunal verfassten urbanen Praxis. Ohne solches bleibt ein dünner Aufguss von *Wahldemokratie*.

Derart ist alles wahrhaft Demokratische bezogen auf *soziale Emanzipation*. In diesem substanziellen Sinn ist Demokratie eine höchste Errungenschaft der politischen Zivilisation und ein unabdingbarer Anspruch. Sie ist *reale Demokratie*, soweit sie gesellschaftliche Vernunft, Wahrheit und Frieden zur Geltung bringt, wenn es not tut durch Volksaufstand, als Demokratie in Aktion: In Richtung auf eine allseitige *Emanzipation der gesellschaftlichen Individuen*, auf eine *sozioökonomisch* getragene und ökologisch tragfähige, *assoziativ-demokratische* Sozialformierung und die darüber hinaus gehende Förderung entsprechender Weltverhältnisse.

Beste Grüße,
Horst Müller

<https://www.praxisphilosophie.de>
Kontakt und Abonnement
dr.horst.mueller@t-online.de

Empfehlung:

Eine systematische Zusammenstellung der bisherigen 8 „Briefe aus der PRAXIS-Werkstatt“ findet sich im „Kursus zur Politischen Philosophie und Praxis heute“, angereichert mit Zitaten, Kommentaren und Quellenhinweisen zu jedem Thema. Zwei Folien „Zur politisch-ökonomischen Kernstruktur der gesellschaftlichen Praxis“ tragen zum Verständnis der Zusammenhänge bei. Aufruf: <https://www.praxisphilosophie.de/kursus-zur-politischen-philosophie-und-praxis-heute.pdf> (ca. 64 S.).